ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mansholt, Sicco L.; Hallstein, Walter

Article — Digitized Version

Tindemans' Bericht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mansholt, Sicco L.; Hallstein, Walter (1976) : Tindemans' Bericht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 3, pp. 117-122

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134924

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Tindemans' Bericht

Auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften am 10. und 11. Dezember 1974 in Paris wurde der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans beauftragt, einen Bericht über die „Europäische Union" zu verfassen. Dieser Bericht wurde vor kurzem dem Europäischen Rat und der Öffentlichkeit vorgelegt. Wir interviewten hierzu die ehemaligen Präsidenten der EG-Kommission Dr. Sicco L. Mansholt und Prof. Dr. Walter Hallstein.

Eine widersinnige Politik ohne Zielsetzung

Interview mit Dr. Sicco L. Mansholt

WD: Herr Dr. Mansholt, der Tindemans-Bericht ist von den deutschen Sozialdemokraten recht positiv aufgenommen worden, er wurde u. a. als konstruktives und realistisches Konzept gekennzeichnet. Teilen Sie diese Ansicht?

MANSHOLT: Nein, die teile ich nicht. Es wundert mich eigentlich, daß die Sozialdemokraten in Deutschland den Bericht so positiv beurteilen. Denn einer der wichtigsten Punkte ist gerade, daß der Demokratie mit dem Tindemans-Bericht nicht gedient ist; und das ist für mich das Entscheidende. Im Tindemans-Bericht sind einige gute Ansätze enthalten – er entwickelt Politiken oder führt an, was jahrelang gefordert wurde: daß wir eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, Währungspolitik, Regionalpolitik usw. benötigen. Darüber hinaus bringt er aber nichts Neues. Es sind zwar auch noch eine Reihe von Sätzen über all das enthalten, was bis jetzt vernachlässigt worden ist, z. B. daß die Organe nicht die Befugnisse zu Mehrheitsentscheidungen haben. Gegen diese Forderungen bin ich nicht. Es muß aber die zentrale Bedingung erfüllt sein, daß diese Organe, d. h. der Ministerrat und der Europäische Rat, kontrolliert werden können. Der Bericht gibt aber keine Auskunft darüber, wie dem Volk eine bessere Kontrolle, eine Mitarbeit und eine parlamentarische Mitbestimmung in der Gesetzgebung gegeben werden können. Hier werden nur Direktwahlen eines europäischen Parlaments als „Beruhigungsmittel" für die Bevölkerung vorgeschlagen. Wenn aber das gewählte Parlament keinen Einfluß hat und den Ministerrat nicht überstimmen kann, so hat es keine Befugnisse. Darüber schweigt der Tindemans-Bericht, weil er konzeptionell den Schwerpunkt auf den Ministerrat legt; und dies ist falsch. Wie die deutschen Sozialdemokraten dem dennoch zustimmen können, verstehe ich nicht. Jedenfalls gibt es Sozialisten, die hier nicht zustimmen.

WD: Warum ist es falsch, den Schwerpunkt auf den Ministerrat zu legen?

MANSHOLT: Aus den Erfahrungen der letzten 15 Jahre wissen wir, daß Entscheidungen, gerade wenn der Weg von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union beschritten werden soll, nicht mehr auf nationaler Ebene getroffen werden können, sondern auf europäischer Ebene getroffen werden müssen. Bisher wurde aber von seiten des Ministerrats nicht dafür gesorgt, daß die notwendigen Entscheidungen von nationalen auf europäische Ebenen übertragen werden. Tindemans sagt zwar, daß das Vertrauen in Europa nicht vorhanden ist. Wie kann man aber solch einen politischen Willen hervorrufen, wenn man im Bericht so technokratische Angelegenheiten wie die Währungsunion und die Wirtschaftspolitik und sogar einen großen Teil der Außenpolitik in den Vordergrund rückt, d. h. wenn man nicht die Prioritäten dort ansetzt, was je-

den Bürger in den Mitgliedstaaten interessiert? Der Bericht ist kein politisches, sondern ein technisches Dokument. Gefragt wird nur, was man bei den Institutionen ändern kann und welche technischen Fragen insbesondere im wirtschaftlichen Bereich gelöst werden sollen. Denn auch der soziale Bereich einer Europäischen Union wird ja im Bericht nur ganz am Rande behandelt.

Ich als Sozialist finde auf diesem Gebiet im Bericht nur undemokratische Konstruktionen und bestimmte Ansätze zu einer kapitalistischen Politik, bei der es darum geht, durch eine Politik der „Nichtentscheidung" den Konservatismus auch in Zukunft zu garantieren. Es gibt keine klare Aussage, daß wir eine andere Gesellschaft wollen, und es fehlt ein sehr deutlicher Hinweis auf eine Politik zur Kontrolle der multinationalen Unternehmen. Diese Fragen müssen in meinen Augen erst beantwortet werden, bevor man zu einer Europäischen Union kommen kann.

Ich gebe nichts auf die Resolutionen einer europäischen Bewegung, die sich aus Konservativen, Sozialisten und Christdemokraten zusammensetzt, und in denen es heißt, daß wir ein Europa wollen. Darüber bin ich schon längst hinaus. Für mich kommt es darauf an, um welches Europa es sich dabei handelt. Nicht das Europa von heute, in dem die meisten wichtigen Fragen, die heute gelöst werden müssen, vernachlässigt werden, in dem keine Demokratie mehr herrscht und wir feststellen müssen, daß die Bevölkerung nicht mehr an der europäischen Politik beteiligt ist und sich für sie auch nicht mehr erwärmen kann.

WD: Worauf führen Sie diese Entwicklung zurück?

MANSHOLT: Die Parteien einschließlich der sozialdemokratischen Parteien in Europa sind daran schuld. Sie haben sich niemals wirklich um die Europapolitik gekümmert. Ich habe oft gesagt, daß die sozialistischen Parteien, die in Frankreich, in Italien, in Belgien, in Deutschland und in Holland an der Macht sind oder einen Machtfaktor darstellen, eine sozialistische Politik betreiben sollten. Dann könnte man langsam – langsam, weil auch die sozialdemokratischen Parteien sehr national denken und national administriert sind – die Hürde der nationalen Grenzen überwinden und zu einer gemeinsamen Politik kommen. Ich meine also, daß wir Sozialdemokraten auch schuld sind, weil wir für ein gemeinsames Europa kein Programm besitzen. Ohne solch ein Programm haben Direktwahlen aber keinen Sinn. Aber nicht nur die Sozialdemokraten, auch die Sozialliberalen, die Konservativen und die Gaullisten in Frankreich müssen deutlich machen, was eigentlich ihr Programm ist.

Ich frage also nach einer deutlichen Zielrichtung, danach, wohin wir gehen wollen, und über die man sich erst einigen muß. Tindemans geht demgegenüber sehr pragmatisch vom Vorhandenen aus, und er glaubt, daß sich durch Pragmatismus etwas entwickeln wird. Ich glaube nicht daran. Wie kann man eine Europäische Union ohne Endziel aufbauen? Tindemans sagt, daß er als Realpolitiker sich um das bemüht, was jetzt geschehen kann, daß er keine Utopie betreiben will. Er betreibt aber Utopie, denn es ist utopisch zu denken, daß man durch Pragmatismus etwas Ähnliches wie eine Föderation aufbauen kann. Der Wille dazu ist gar nicht da. Es wird weitergehen wie bisher, einen Schritt hier, einen Schritt dort und einen zurück.

Das ist eine widersinnige Politik ohne klare Zielsetzung. Man kann zwar in einer Übergangszeit in Etappen vorgehen; das Endziel muß dann aber bekannt sein. Ein Beispiel hierfür ist der Gemeinsame Markt, bei dem von Monnet und Schumann zuerst festgelegt wurde, daß man ihn in 15 Jahren mit einer Übergangszeit von 12 Jahren in klar abgesteckten Perioden erreichen wollte. Tindemans macht das nicht: Wir wissen nicht, wohin wir gehen, wir wissen auch nicht, wie die Demokratie in Europa endgültig aussehen soll. Die konservativen Kräfte sind damit sehr zufrieden. Sie wollen auch keine Europäische Union. Sie haben nur das Ziel, daß sowenig wie möglich eine gemeinsame europäische Ordnung geschaffen und sowenig wie möglich das gemeinsame europäische Interesse geregelt wird. Denn derartige Regelungen würden insbesondere den Interessen der multinationalen Unternehmen zuwiderlaufen. Sie sind am Bestand des gegenwärtigen Europa interessiert, d. h. an einem Mangel an Befugnissen und einem Mangel an Kraft der nationalen Regierungen gegenüber ihren Aktivitäten. Starke europäische Organe und eine starke Mitwirkung des Europä-

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Dr. agr. h. c. Sicco L. Mansholt, 67, schied Ende 1972 aus seinem Amt als Präsident der EG-Kommission aus. Gegenwärtig ist er Vizepräsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG.

Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Walter Hallstein, 74, war von 1958 bis zu seinem Ausscheiden 1967 Präsident der EWG-Kommission. Bis Mai 1974 amtierte er als Präsident der Internationalen Europäischen Bewegung.

Kernaussagen des Tindemans-Berichts

Die europäische Union (EU) entsteht schrittweise. Sie stützt sich dabei auf die politische Verpflichtung der Staaten, in verschiedenen Bereichen klar umrissene Maßnahmen durchzuführen, die aufgrund ihrer Bedeutung und ihrer Erfolgsaussichten ausgewählt werden.

Gemeinsames Entscheidungszentrum

Die EU setzt voraus, daß die europäischen Staaten in den Zuständigkeitsbereichen der Union immer und jederzeit gemeinsam auftreten. Dazu muß die Koordinierung der Politiken schrittweise von einer gemeinsamen Politik abgelöst werden. Außerdem müssen die Staaten sich verpflichten, die Leitlinien ihrer Politik im Europäischen Rat festzulegen. Das setzt natürlich voraus, daß sich die Minderheit nach Abschluß der Beratungen der Mehrheit anschließt.

Außenbeziehungen

Die EU muß sich im Interesse des gemeinsamen Auftretens und Handelns mit allen Aspekten der Außenbeziehungen befassen.

Verfahren unterschiedlicher Integrationsgrade

Aufgrund der großen Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzlage der einzelnen Staaten scheint die Forderung unrealistisch, daß immer alle Etappen eines Aktionsprogrammes von allen Staaten zum gleichen Zeitpunkt zurückgelegt werden müßten. Daher sollten auf der Basis eines Aktionsprogrammes die Staaten, die Fortschritte erzielen können, dies auch tun, während andere Mitgliedsländer aus objektiven, vom Rat anerkannten Gründen von einem weiteren Vorrükken vorerst absehen können. Alle Staaten bleiben jedoch an das gemeinschaftlich zu erreichende Ziel gebunden.

Währungsschlange als Integrationskern

Damit die vorhandene Währungsstabilität zur Grundlage einer „echten" Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitik werden kann, müssen die Währungsschlange konsolidiert werden, die Schlüsselfaktoren der Wirtschafts- und Währungspolitik mit einbezogen werden und einen deutlich sichtbaren Gemeinschaftscharakter tragen. Hierzu wird vorgeschlagen, daß

- ☐ die Verpflichtungen aus der Zugehörigkeit zur Währungsschlange auch in der Geld- und Kreditpolitik, in der Haushaltspolitik und in der Konjunktur- und Stabilitätspolitik übernommen werden;
- ☐ bei Änderungen der Leitkurse gemeinsame Entscheidungen zu treffen sind;
- ☐ die Gewährung des kurz- und mittelfristigen Beistandes automatisch und in wesentlich größerem Umfang als bisher erfolgen soll;
- ☐ für Länder außerhalb der Schlange Unterstützungsmaßnahmen vorzusehen sind, die aber nicht automatisch erfolgen, sondern fallweise festzulegen sind;
- ☐ die Aktionsfähigkeit und Schlagkraft des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit zu verstärken ist.

Sozialpolitik

Die Verteilung des Wirtschaftswohlstandes über Steuern, Sozialversicherung und öffentliche Investitionen bleibt im wesentlichen Länderangelegenheit. Die Sozialpolitik der EU kommt dagegen in gezielten Maßnahmen zum Ausdruck, die für das Vorgehen der Mitgliedstaaten richtungsweisend und ergänzend wirken sollen. Diese Maßnahmen berühren die soziale Sicherung, den sozialen Dialog und die betriebliche Mitbestimmung.

Institutionen und Organe

Die EU kann und muß auf den bereits vorhandenen institutionellen Grundlagen der Gemeinschaft aufgebaut werden. Doch setzt die mit der EU verbundene qualitative Veränderung neben einer Umstrukturierung des institutionellen Rahmens eine Erweiterung seiner Autorität, seines Leistungsvermögens, seiner Legitimität und seiner Kohärenz voraus.

Das *Parlament* sollte durch eine allgemeine direkte Wahl, eine Erweiterung der Befugnisse bei wachsender Ausübung einer legislativen Funktion und durch die Teilnahmeberechtigung aller „führenden" Politiker an den Debatten an Bedeutung gewinnen.

Dem *Europäischen Rat* wird als Zusammenkunft der Regierungschefs eine wesentliche Aufgabe bei der Festlegung der allgemeinen Richtlinien zukommen, die sich aus einer politischen Gesamtschau ergeben.

Im *Rat* der Außenminister erfolgt die politische Beschlußfassung, d. h. die Anwendung der Richtlinien. Zur Verstärkung der Autorität und Leistungsfähigkeit des Rates muß sein Handeln kohärenter, rascher und kontinuierlicher sein.

Der *Gerichtshof* erhält die gleichen Befugnisse wie bisher. Zusätzlich müssen aber auch Privatpersonen das Recht erhalten, sich an ihn wenden zu können.

Die *Kommission* übt durch die Vorschläge, die sie dem Rat unterbreitet, einen bedeutenden Einfluß auf die Definition der gemeinsamen Politiken aus.

ischen Parlaments sind ihren Interessen nur schädlich.

WD: Sie malen ein ziemlich düsteres Bild von der EG und von der Europäischen Union. Wie, meinen Sie, wird sich Europa weiterentwickeln, wenn beispielsweise Griechenland, Spanien, Portugal und die Türkei der Gemeinschaft beitreten werden?

MANSHOLT: Zunächst muß festgehalten werden, daß es falsch ist vorzuschlagen, daß die wirtschaftlich Stärksten mit ihrer Wirtschaftspolitik und ihren Entscheidungen weitergehen sollen. Dadurch schafft man ein Europa à la carte, ein geteiltes Europa. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Frage des Beitritts weiterer Länder zu beurteilen. Wenn wir mit Griechenland, der Türkei, Spanien usw. eine Union wollen, dann müssen wir auch die Konsequenzen auf uns nehmen. Wir dürfen nicht sagen, einige gehen weiter, mal sehen, ob die anderen später nachkommen können. Die Entscheidungen müssen jetzt getroffen werden. Und das bedeutet für die ökonomisch starken Länder auf der einen Seite den Verzicht auf Weitergehen und auf der anderen Seite den Willen, die vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten mit den schwächeren Ländern zu teilen, um es ihnen zu ermöglichen, aufzuholen und uns zu erreichen. Das ist ein ganz anderer, ein sozialistischer Ansatz, der vom kapitalistischen Ansatz Tindemans' abweicht.

WD: Meinen Sie denn, daß Sie der Bevölkerung eines Industriestaates klarmachen können ...

MANSHOLT: ... ich weiß, was Sie meinen, aber das steht hier nicht zur Debatte. Wir können in Europa keine nationale Politik mehr betreiben. Wir können politisch die Zukunft mit allem, was vor uns liegt, nicht mit einem armen Teil und einem reichen Teil Europas bewältigen. Es ist meiner Meinung nach ganz falsch gedacht, daß einige Länder ihren Weg gehen können und die anderen hinterherhinken müssen. Das ist ein Weg, der unter dem Druck vor allem in den Industriestaaten entstanden ist. Und es war auch Willy Brandt, der diese Idee zuerst vorbrachte. Ich kann nur sagen, sie ist nicht sozialistisch – und deshalb lehne ich sie ab. Ich lehne sie aber auch ab, weil ich nicht glaube, daß die politische Union so jemals erreicht werden kann.

WD: Halten Sie den Vorschlag von Tindemans für realisierbar, im Ministerrat nur Mehrheitsentscheidungen zu fällen, und daß hierzu einige Mitgliedstaaten gegebenenfalls „freiwillig" der Mehrheit nachgeben sollen?

MANSHOLT: Das ist realisierbar. Dieser Punkt war schon im Vertrag von Rom 1958 angenommen worden. Politisch bedarf es also hierzu gar keiner neuen Entscheidung. Tindemans hätte auch sagen können: Ich beantrage in diesem Punkt die Anwendung der Römischen Verträge. Aber es ist auch bereits 1958 von Schumann und Monnet vorgesehen worden, daß dies mit einem Parlament geschieht, das Befugnisse hat und kontrollieren kann. Bei Tindemans wird aber die Forderung nach gemeinsamen Mehrheitsentscheidungen für ein Gremium, für den Ministerrat, vorgebracht, über das das Parlament keine Kontrolle hat. Dazu sage ich nein. Ich bin für Mehrheitsentscheidungen, denn es ist der einzige Weg, um zu Entscheidungen und aus der jahrelangen Krise zu kommen; ich bin aber nur unter der Voraussetzung dafür, daß das Parlament die entsprechenden Befugnisse erhält. Ich will nicht sagen, daß das vom Volk direkt gewählte Parlament in allen Punkten das letzte Wort haben soll, denn eine Regierung muß auch regieren können, aber dazu muß es zunächst eine europäische Regierung geben. Eine europäische Regierung würde dann auch Mehrheitsentscheidungen treffen.

WD: Tindemans machte auch einige Vorschläge hinsichtlich einer gemeinsamen Außen- und auch Sicherheitspolitik. Werden die Ziele einer gemeinsamen Außenpolitik leichter zu erreichen sein als die wirtschaftlichen und politischen Ziele?

MANSHOLT: Nein, leichter nicht. Resolutionen, z. B. über eine gemeinsame Entwicklungspolitik usw., werden sicherlich gemeinsam beschlossen werden. Aber auf Resolutionen gebe ich nicht viel. Wir benötigen eine klare und einheitliche Außenpolitik; sie zu erreichen wird aber sehr schwierig sein. Doch auch solch eine Politik muß der Bedingung genügen, daß sie einer Kontrolle unterliegt und vor dem Parlament verantwortet werden muß. Dies wird wiederum nicht vorgeschlagen. Erst muß man die Kontrollen schaffen, dann kann man eine gemeinsame Außenpolitik entwickeln. Unter dieser Voraussetzung bin ich für eine einheitliche Politik gegenüber dem Nahen Osten, dem Mittelmeerraum und den USA.

In diesem Zusammenhang finde ich es merkwürdig, daß Tindemans nichts über das Verhältnis zu den kommunistischen Ländern gesagt hat. Ich glaube, daß dies eine gefährliche Politik ist. In dem Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik muß also auch zunächst ein politischer Entschluß gefaßt werden. Ich bin nicht bereit, blindlings in eine gemeinsame Verteidigungspolitik einzutreten, wenn nicht feststeht, was wir mit dieser Verteidigungspolitik bezwecken. Hat sie eine Vermehrung der Atomwaffen zum Ziel, dann bin ich gegen solch eine Politik. Ich wäre nur für eine gemeinsame Verteidigungspolitik, wenn sie der Verminderung der Schlagkraft der Warschauerpakt-Staaten und der Natolän-

der dient. Ich glaube aber nicht daran, daß Holland, Dänemark und gar Frankreich für eine gemeinsame Verteidigungspolitik sein werden.

WD: Die Europäische Union sollte bis 1980 verwirklicht werden. Dieses Ziel wird nicht mehr zu erreichen sein. Halten Sie es für sinnvoll, erneut einen solchen Zeitplan aufzustellen?

MANSHOLT: In meinen Augen ist ein Zeitplan ohne Sinn, wenn man das Ziel nicht kennt. Auf der Pariser Konferenz 1972 hätte man nicht beschließen sollen, bis 1980 die Europäische Union zu verwirklichen. Viel sinnvoller wäre es gewesen, erst den Inhalt der Politik und das Ziel festzulegen. Dann kann man einen Zeitplan aufstellen. Dies sagte ich schon als Präsident der Kommission, und ich hatte recht, denn seit der Pariser Konferenz ist nichts in Richtung auf eine Europäische Union geschehen.

WD: In einem Brief an den Ministerrat stellte Tindemans fest, daß er häufig von seinen Gesprächspartnern die Frage hörte, ob angesichts der gegenwärtigen permanenten Krise der EG ein Bericht zur Europäischen Union überhaupt sinnvoll sei. Teilen Sie diese Zweifel?

MANSHOLT: Nein. Man kann selbstverständlich einen Bericht erstellen. In diesem müßte aber aufgezeigt werden, wo die wirklichen Mängel liegen und wo die wirklichen Ansätze zur Bündelung der politischen Kräfte in Europa vorhanden sind. Dazu muß man aber auf die täglichen Fragen der Menschen, auf die Arbeitslosigkeit und Inflation, auf die Vereinsamung des Menschen, die Jugendfrage, den Städtebau, den Umweltschutz usw. Antworten geben. Nur so kann man bei der Bevölkerung – und das sind die Wähler – wieder einen Enthusiasmus für Europa wecken. Denn kein Politiker, kein Minister wird bei seiner Europapolitik unterstützt werden, wenn sie nicht durch den politischen Willen einer großen Mehrheit getragen wird. Dazu muß man aber klar die europäischen Lösungen für die verschiedenen Probleme aufzeigen, die national nicht mehr zu lösen sind. Dies ist aber im Tindemans-Bericht nicht geschehen.

Die Forderungen verdienen Unterstützung

Interview mit Prof. Dr. Walter Hallstein

WD: Herr Professor Hallstein, der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans schreibt in seinem „Bericht über die Europäische Union", daß die Europäische Union, die neben der Wirtschafts- und Währungsunion auch den politischen Zusammenschluß bringen soll, nicht wie geplant bis 1980 zu verwirklichen sein werde. Ist für Sie als intimer Kenner und Mitgestalter der europäischen Einigung mit einer zehnjährigen Amtszeit als EWG-Präsident diese Einschätzung nicht enttäuschend?

HALLSTEIN: Die Frage ist nicht zu beantworten, solange nicht feststeht, was die „Europa-Union" ist. Bisher ist das nicht verbindlich definiert, und die Meinungen darüber sind nicht einheitlich. Nur über so viel besteht eine leidliche Übereinstimmung, daß sie eine Zwischenstufe ist zwischen der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" und dem Endstadium des Einigungsprozesses, also – nach der herrschenden Meinung – der „Föderation". Ob die Union bis 1980 stehen kann, hängt also davon ab, wieviel man dafür verlangt. Ist man bescheiden, so schafft man es früher; ist man anspruchsvoller (wie erfreulicherweise Leo Tindemans), so dauert es länger. Für die Union à la Tindemans hat er selbst wohl recht: sie ist kaum bis 1980 zu verwirklichen (Wirtschafts- und Währungsunion, „gemeinsame" Außen- und Sicherheitspolitik u. a.) – Enttäuschung hin, Enttäuschung her!

WD: Tindemans schlägt in seinem Bericht zur Stärkung der Gemeinschaftseinrichtungen eine Reihe „institutioneller" Maßnahmen vor. So soll der Europäische Rat der Regierungschefs den EG-Institutionen oder Einzelpersonen jeweils konkrete Aufträge erteilen können, die Präsidentschaft im Ministerrat soll statt wie bisher halbjährlich jährlich wechseln, das EG-Parlament soll ein „Initiativrecht" für neue Fortschritte erhalten, die EG-Kommission soll soweit wie möglich Verordnungsrechte bekommen usw. Sind diese vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend und – viel wichtiger – in der nächsten Zeit realisierbar?

HALLSTEIN: Institutionelle (zu „deutsch": organisatorische) Fragen bedürfen unleugbar stärkerer Antworten als die zimperlichen Regierungen sie bisher ins Auge zu fassen scheinen. Über die Einzelheiten kann man aber streiten. Beispiele: Bisher haben sich die Regierungschefs mehr verbal ausgezeichnet als durch

kraftvolle Verwirklichungen; auch kann man streiten, ob die willkürliche Zuteilung von Kompetenzen – mal an A, mal an B, mal an C – inhaltlich bessere Entscheidungen gewährleistet als eine eindeutige verbindliche Zuordnung von Kompetenzen (ich habe Zweifel). Längere Amtsdauer des Ratspräsidenten lohnt wohl den Versuch. Initiativrecht des Parlaments ist gut – wie alles, was das Parlament stärker macht; denn es sind nicht die Völker, die den Fortschritt aufhalten. Auch Stärkung der Kommission ist sehr erwünscht; sie ist von Natur den andern Organen voran. Ob alles dies „in der nächsten Zeit realisierbar" ist, kann nur ein wahrer Prophet beantworten; aber „Prophezeien ist schwer", sagte der junge Lord, „besonders über die Zukunft". Gegen keine der Verbesserungen kann jedoch gesagt werden, sie sei unmöglich; man braucht dafür nur mehr Willen als die Verantwortlichen bisher aufgebracht haben.

WD: Neben den neu zu schaffenden institutioneilen Einrichtungen wird im Bericht vorgeschlagen, daß der EG-Ministerrat in Zukunft Mehrheitsentscheidungen fassen oder die in der Diskussion unterlegenen EG-Staaten „freiwillig" der Mehrheit nachgeben sollen. Wie beurteilen Sie die politischen Aussichten auf Realisierung dieses Vorschlages?

HALLSTEIN: Mehrheitsentscheidungen gebietet schon der Vertrag von Rom; ihre planmäßige Unterlassung ist eine permanente Vertragsverletzung. Ich habe freilich schon in der Schlußsitzung des Europa-Kongresses von Brüssel (am 7. Februar 1976) daran erinnern müssen, daß nur für die Annahme von Kommissionsvorschlägen die Mehrheit vorgesehen ist; das ist ein Schutz gegen Mehrheitsmißbrauch. Zu hoffen, daß die Minderheit sich von selber der Mehrheit beugen wird, ist ein frommer Selbstbetrug, wie die Sabotage der Mehrheitsabstimmung in der Gemeinschaft beweist. Leo Tindemans sagt nichts Gegenteiliges, jedenfalls nicht deutlich. Bei Fortsetzung jener Sabotage sollte der Europäische Gerichtshof angerufen werden.

WD: Einen leidenschaftlichen Protest rief die Empfehlung hervor, eine abgestufte Teilhabe an der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion einzuführen. Welche Probleme ergeben sich daraus, die Integration nicht im Gleichschritt, sondern je nach den Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zu verwirklichen?

HALLSTEIN: Das ist das schwierigste Problem, das der Tindemans-Bericht uns stellt – mit großem Mut, wie man anerkennen muß. Der Europa-Kongreß hat sich dagegen ausgesprochen. Ich bin jedoch grundsätzlich der Meinung des belgischen Premierministers. Das Verfahren muß nur sorgfältig geregelt werden. Die harte Regel muß die einheitliche Haltung in der Gemeinschaft sein. Aber scharf abgezirkelte Ausnahmen sollten zugelassen werden können, unter strengen Bedingungen, nämlich etwa: 1. auf begründeten Antrag, 2. mit Auflagen an den Mitgliedstaat, der die Ausnahme in Anspruch nimmt, so daß dieser alle Anstrengungen macht, den Gleichschritt mit den andern einzuholen, 3. unter Bewilligung solidarischer Hilfestellung der anderen Mitgliedstaaten, 4. nur auf genau bestimmte Zeit.

WD: Im Tindemans-Report wird ein geschlossenes gemeinsames Auftreten der neun EG-Länder nach außen gefordert, um den verlorengegangenen Einfluß auf die weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung zurückzugewinnen. Dies umschließt auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Wie beurteilen Sie die Aussichten auf Realisierung solch einer gemeinsamen Außenpolitik?

HALLSTEIN: Auch diese Forderung verdient Unterstützung. Sie ist nicht unzumutbar. Gemeinschaftliche Außenpolitik ist keineswegs schwerer zu verwirklichen als gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Gegenteil: die Wirtschafts- und Währungsunion ist schwerer aufzubauen. Gleiches gilt für die Sicherheitspolitik; die Existenz und das Funktionieren der Nato beweisen es. Sie beweisen auch die Realisierbarkeit.

WD: Wäre in Analogie zu einer abgestuften Teilhabe an der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion auch eine abgestufte Integration bei der Außenpolitik der Europäischen Union vorstellbar und praktikabel?

HALLSTEIN: Nein. Der Unterschied liegt darin, daß im Falle der Wirtschafts- und Währungsunion sich für einzelne Mitgliedstaaten objektive Schwierigkeiten ergeben können, die nur durch überdimensionale Anstrengungen zu überwinden sind. Ich sehe keine analoge Gefahr für die Außenpolitik. Auch hier sind wir nicht auf Phantasie angewiesen, sondern haben schon Erfahrungen, z. B. beim gemeinsamen Auftreten der Gemeinschaftsländer in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

WD: Der Tindemans-Report ist unterschiedlich bewertet worden. Die schärfste Kritik äußerte der Vizepräsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG, der ehemalige Vizepräsident und Präsident der EG-Kommission, Mansholt. Einer „konservativen" Lösung der europäischen Frage wie durch diesen Bericht sei, seiner Meinung nach, gar keine Lösung vorzuziehen. Teilen Sie diese Ansicht?

HALLSTEIN: Nein. Wenn der Tindemans-Bericht „konservativ" ist, dann lebe der Konservatismus!